

## WDR online vom 12.12.2014, S. 1

Flüchtlingshilfe für Kommunen

### Die "klebrigen Finger" des Innenministers

Von Rainer Kellers

**108 Millionen Euro hat der Bund den Kommunen für Flüchtlingshilfe versprochen. Viel Geld, doch die Städte sind enttäuscht. Denn das Land will nur die Hälfte der Summe an die Städte weitergeben. Die Opposition spricht von "klebrigen Fingern". Innenminister Jäger jedoch sieht sich im Recht.**

Eigentlich ist es eine gute Nachricht für die Städte, Gemeinden und Kreise: Nach zähen Verhandlungen hat der Bund zugesagt, den Kommunen für 2015 und 2016 jeweils 500 Millionen Euro zu geben, um Flüchtlinge besser unterbringen zu können. Auf NRW entfallen dabei je rund 108 Millionen Euro in beiden Jahren. Innen- und Kommunalminister Ralf Jäger (SPD) hat nun allerdings deutlich gemacht, dass die Städte nur die Hälfte des Geldes direkt bekommen. Der Rest, 54 Millionen Euro, soll mit Maßnahmen verrechnet werden, die das Land beim Flüchtlingsgipfel versprochen hatte. Geld also, das nach Lesart der Kommunen ohnehin geflossen wäre.

#### **Piraten: "Schande mit System wird fortgesetzt"**

Ein Skandal? Danach klingt es zunächst. Und die Opposition will genau diese Botschaft verbreiten: "Wie befürchtet, hat das Land klebrige Finger bekommen", sagt der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU im Landtag, André Kuper, dem WDR. Genau wie die Piraten fordert die CDU, die Landesregierung müsse die 108 Millionen Euro komplett an die Städte weiterleiten. Stattdessen würden Haushaltslöcher gestopft, sagt Kuper. Die Landesregierung versuche, mit "dreisten Taschenspielertricks" zu vertuschen, dass "in Wahrheit Herr Schäuble die Versprechen des Flüchtlingsgipfels zahlt". Bei den Piraten heißt es gar: "Die Schande mit System wird fortgesetzt."

So viel Aufregung ist bei den Kommunen allerdings nicht zu vernehmen. Stephan Articus, der Geschäftsführer des Städtetages NRW, "bedauert" zwar, dass die Kommunen nicht in dem Umfang entlastet werden, den sie erwartet hatten. "Bei aller Enttäuschung erkennen wir aber an, dass das Land einen wichtigen Schritt zur Entlastung der Kommunen vollzogen hat." Das teilte Articus dem WDR am Donnerstag (11.12.2014) schriftlich mit.

#### **Ein Darlehen vom Bund**



Jäger: 145 Millionen Euro für die Flüchtlingshilfe

Die Zurückhaltung ist verständlich, wenn man sich die Konstruktion der Hilfszahlung vom Bund anschaut. Ähnlich wie beim Flüchtlingshilfe-Fonds im vergangenen Jahr schultert der Bund die Hälfte der zugesagten Summe selbst. Die andere Hälfte stellt er den Ländern als Darlehen zur Verfügung, das diese in den nächsten 20 Jahren zurückzahlen müssen. Bundesmittel im engeren Sinn fließen also nur in Höhe von 54 Millionen Euro an die Kommunen. Dieses Geld gibt das Land sofort weiter. Die andere Hälfte ist lediglich vorfinanziert und muss

zurückgezahlt werden. "Wir verrechnen es mit den Maßnahmen, die wir ohnehin vorhatten", sagt Innenminister Jäger am Donnerstag dem WDR. Unterm Strich bekämen die Kommunen im kommenden Jahr 145 Millionen Euro zusätzlich.

#### **Wie viel Geld fließt nun an die Kommunen?**

Noch eine Zahl also. Sie setzt sich zusammen aus den 54 Millionen Euro vom Bund - die nicht zurückgezahlt werden müssen - und dem beim Flüchtlingsgipfel beschlossenen Maßnahmenpaket des Landes im Wert von 91 Millionen Euro. Dazu gehören zum Beispiel eine höhere Pauschale für die Kommunen, ein Härtefonds für Krankheitskosten und 300 zusätzliche Lehrerstellen. Diese 91 Millionen Euro wiederum sollen mit den 54 Millionen vom Bund - die zurückgezahlt werden müssen - verrechnet werden. So kann man kalkulieren,

meinen Jäger und die SPD-Fraktion. Die Städte hingegen hatten erwartet, die Bundesmittel komplett und das Landespaket zusätzlich zu bekommen - zusammen 199 Millionen, um noch eine Zahl zu nennen. Dass das Land aber noch einmal Geld drauflegt, ist bei der angespannten Haushaltslage nicht zu erwarten.